

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2010

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2010	1
1.2	Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Insolvenzen und die Schäden	7
1.4	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	9
1.5	Insolvenzen und Finanzierungsstruktur	10
1.6	Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	14
1.7	Parameter insolventer Unternehmen	18
1.8	Große Firmeninsolvenzen	24
1.9	Exkurs: Reform des Insolvenzrechts	28
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	30
2.1	Gründungsbilanz	30
2.2	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen	32
2.3	Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen	34
2.4	Neueintragungen nach Bundesländern	36
2.5	Zwischenfazit: Zwei Jahre Unternehmergesellschaft	39
3	Zusammenfassung	41

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2010

Die heilende Kraft des Wirtschaftsaufschwungs hat mit einer Verzögerung von rund sechs Monaten die Insolvenzstatistik erreicht. Erstmals seit 2007 sinkt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in diesem Jahr wieder. Nach einem zweistelligen Zuwachs im Rezessionsjahr 2009 um 11,3 Prozent werden im laufenden Jahr 2,5 Prozent weniger Firmenzusammenbrüche registriert. Mit 32.100 unternehmerischen Insolvenzverfahren ist die Zahl der Konkurse gegenüber dem Vorjahr (32.930 Fälle) um 830 Fälle zurückgegangen.

Aufschwung beruhigt das Insolvenzgeschehen

Bis zur Jahresmitte wirkte die Rezession noch belastend auf das Insolvenzgeschehen in Deutschland. So wurde in den ersten sechs Monaten ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr festgestellt (plus 2,0 Prozent). Weil die im Frühjahr begonnene konjunkturelle Belebung weitaus kräftiger ausfiel als von vielen prognostiziert und mittlerweile das wachstumsstärkste Jahr seit der Wiedervereinigung zu erwarten ist, hat sich das Insolvenzgeschehen in der zweiten Jahreshälfte 2010 sichtlich beruhigt.

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009	162.870	+ 4,5%	32.930	+ 11,3%	100.790	+ 2,4%	29.150	+ 4,6%
2010 *)	171.900	+ 5,5%	32.100	- 2,5%	111.800	+ 10,9%	28.000	- 3,9%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Unternehmen mit Rückenwind ...

Rückenwind erhielten die deutschen Unternehmen nicht nur vom Aufschwung an den Exportmärkten. Mittlerweile liefert auch die Binnennachfrage einen wichtigen Wachstumsbeitrag, was sich für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die gewöhnlich das Insolvenzgeschehen dominieren, positiv auswirkt. Hierbei waren nicht zuletzt die staatlichen Konjunkturprogramme, wie die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, ein Segen für viele Unternehmen. Die Krise, die im Vorjahr vor allem die Exportwirtschaft traf, spielte so immer weniger eine Rolle.

Und ein weiterer Aspekt wirkte im Verlauf dieses Jahres beruhigend auf das Insolvenzgeschehen: Die Finanzierungsbedingungen beginnen sich zunehmend zu entspannen. Noch stehen die Unternehmen in ihrer Finanzierung zwar vor Herausforderungen, die vielfach befürchtete Kreditklemme ist aber ausgeblieben.

... Verbrauchern geht aber das Geld aus

Im Gegensatz zu den unternehmerischen Insolvenzverfahren verzeichnet die Zahl der insolventen Verbraucher einen steilen Anstieg. 2010 machten 111.800 Deutsche von der Privatinsolvenz Gebrauch, um sich ihrer Schulden zu entledigen. Gegenüber dem Vorjahr, als deutschlandweit 100.790 Verfahren registriert wurden, ist das ein Zuwachs um 10,9 Prozent (plus 11.010 Fälle).

Dabei ist vom Wirtschaftsaufschwung in der Statistik der Verbraucherinsolvenzverfahren bislang wenig zu spüren. Die wieder verschärfte Überschuldungssituation der privaten Haushalte in Deutschland in diesem Jahr spricht eine deutliche Sprache: 6,5 Mio. Erwachsene gelten mittlerweile als überschuldet, da sie auf absehbare Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen können. So hat sich die Zahl der Privatinsolvenzen mittlerweile vom Konjunkturzyklus entkoppelt und steuert auf einen neuen Rekordwert zu, der bislang vom Jahr 2007 mit 105.300 Verfahren gehalten wurde.

Die sonstigen Insolvenzen, wie Insolvenzen ehemals Selbstständiger, Insolvenzen natürlicher Personen als

Gesellschafter und Nachlassinsolvenzen, belaufen sich 2010 auf zusammen 28.000 Fälle (2009: 29.150).

Insgesamt registrieren die deutschen Amtsgerichte im laufenden Jahr 171.900 Insolvenzen. Aufgrund der dynamischen Zunahme der Verbraucherinsolvenzen wurde der Vorjahreswert (162.870 Fälle) um 5,5 Prozent übertroffen (plus 9.030 Fälle).

Gesamtzahl der Insolvenzen auf Rekordstand

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008	121.420	- 2,9%	23.690	+ 1,9%	77.310	- 3,4%	20.420	- 6,5%
2009	127.360	+ 4,9%	26.670	+ 12,6%	79.320	+ 2,6%	21.370	+ 4,7%
2010 *)	135.900	+ 6,7%	26.300	- 1,4%	88.900	+ 12,1%	20.700	- 3,1%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Entwicklungstrends, also eine deutliche Zunahme der Verbraucherinsolvenzen und ein Rückgang der unternehmerischen Insolvenzverfahren, finden sich sowohl im Ost- als auch im Westteil der Bundesrepublik. So verringerte sich die Zahl der Unternehmenskonkurse im Westen Deutschlands um 1,4 Prozent auf 26.300 Fälle (2009: 26.670). Dagegen nahm die Zahl der insolventen Verbraucher um 12,1 Prozent auf 88.900 zu (2009: 79.320) – ein neuer Negativrekord.

Zwischen Rostock und Zwickau blieben die Unternehmensinsolvenzen um 7,3 Prozent unter dem Vorjahreswert. 2010 wurden 5.800 Fälle registriert, 2009 waren es 6.260. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen stieg im Osten Deutschlands mit plus 6,7 Prozent weniger stark als im Westen. Dennoch wurde hier mit

**Verbraucherinsolvenzen:
Geringer Anstieg im Osten**

22.900 Fällen (2009: 21.470) der höchste Wert seit drei Jahren erreicht. Allerdings scheint der Trend in den neuen Ländern von der demografischen Entwicklung gebremst. Die schnellere Alterung der Gesellschaft in weiten Teil des Ostens wirkt positiv auf das Insolvenzgeschehen, da sich jüngere Menschen und Personen im mittleren Lebensalter deutlich stärker überschulden und eine Privatinsolvenz als Schuldenbefreiungsinstrument nutzen.

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen **)	sonstige Insolvenzen **)
1999	8.760 - 0,6%	7.570 - 4,7%	420 -	770 -
2000	12.190 + 39,2%	9.810 + 29,6%	1.370 + 226,2%	1.010 + 31,2%
2001	13.500 + 10,7%	10.640 + 8,5%	2.340 + 70,8%	520 - 48,5%
2002	21.390 + 58,4%	11.070 + 4,0%	3.280 + 40,2%	7.040 + 1253,8%
2003	23.830 + 11,4%	9.820 - 11,3%	5.770 + 75,9%	8.240 + 17,0%
2004	27.580 + 15,7%	9.190 - 6,4%	7.280 + 26,2%	11.110 + 34,8%
2005	32.930 + 19,4%	8.830 - 3,9%	15.090 + 107,3%	9.010 - 18,9%
2006	38.840 + 17,9%	7.150 - 19,0%	24.210 + 60,4%	7.480 - 17,0%
2007	39.650 + 2,1%	5.900 - 17,5%	25.290 + 4,5%	8.460 + 13,1%
2008	34.490 - 13,0%	5.890 - 0,2%	21.140 - 16,4%	7.460 - 11,8%
2009	35.510 + 3,0%	6.260 + 6,3%	21.470 + 1,6%	7.780 + 4,3%
2010 *)	36.000 + 1,4%	5.800 - 7,3%	22.900 + 6,7%	7.300 - 6,2%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

1.2 Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen

Der Ansturm zahlungsunfähiger Verbraucher auf die deutschen Amtsgerichte ist auch 2010 nicht abgeebbt. Im Gegenteil: Im laufenden Jahr wird eine neue Rekordzahl an Insolvenzanträgen von Privatpersonen erreicht werden. Mit 111.800 Fällen wird der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2007 (105.300 Fälle) klar übertroffen. Seit der Einführung der InsO im Jahr 1999 wurde nun schon dreimal die Schallmauer von 100.000 Privatinsolvenzen im Jahr durchbrochen. Seit der Einführung der Restschuldbefreiung haben weit mehr als 700.000 Personen ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt – das ist etwa einer von hundert erwachsenen Deutschen.

Schon 700.000 Deutsche sind pleite

Die Hoffnung, die Insolvenzentwicklung bei den Verbrauchern würde sich angesichts der deutlich positiveren Konjunkturlage und der damit einhergehenden Belebung des Arbeitsmarktes abmildern, hat sich nicht erfüllt. Zwar haben die von der großen Koalition 2008/09 beschlossenen Kurzarbeitsmodelle die Einkommenssituation der deutschen Verbraucher stabilisiert, den steilen Anstieg der Privatinsolvenzen konnten sie freilich nicht verhindern.

Die Negativentwicklung hat verschiedene Ursachen: Einerseits ließ die zeitweise Verschlechterung am Arbeitsmarkt die Zahl der Arbeitslosen im Krisenjahr 2009 ansteigen. Mit einer gewissen Verzögerung wirkt sich dies nun bei den Privatinsolvenzen aus. Noch immer ist ein Großteil der Überschuldungsfälle durch den Verlust des Arbeitsplatzes zu erklären. Zudem nahm die Zahl der Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen deutlich zu. Zusammen mit den gestiegenen finanziellen Belastungen für Gesundheit, Altersvorsorge sowie für Wohnkosten und dem wieder gelockerten Ausgabeverhalten der Konsumenten (Anstieg der Konsumkredite) besteht zunehmend die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit, die letztendlich in einer Privatinsolvenz mündet.

Der Creditreform SchuldnerAtlas 2010 bestätigt den negativen Trend: Die Zahl der überschuldeten Personen hat gegenüber 2009 um rund 300.000 zugenommen. 9,5 Prozent der Erwachsenen weisen damit nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Aus diesem Potenzial droht damit ein weiterer Anstieg der Privatinsolvenzen.

Die aktuelle Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen bringt zwei generelle Ergebnistrends hervor. Erstens: Es sind mehrheitlich Männer, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Und zweitens: Der Anteil junger Erwachsener sowie älterer Verbraucher, die Privatinsolvenz beantragen müssen, hat zugenommen. Zum ersten Punkt: Insgesamt sind 55,3 Prozent (2009: 55,0 Prozent) der 111.800 Verbraucher, die in diesem Jahr die Restschuldbefreiung beantragt haben, dem männlichen Geschlecht und

Mehr Schulden und mehr Belastungen bei Verbrauchern

Viele junge Erwachsene in der Restschuldbefreiung

44,7 Prozent (2009: 45,0 Prozent) dem weiblichen Geschlecht zuzuordnen. Damit hat sich der Anteil der Männer an den insolventen Privatpersonen binnen eines Jahres leicht um 0,3 Prozentpunkte erhöht.

Tab. 4: Verbraucherinsolvenzen in Deutschland nach Altersgruppen

■ Altersgruppen	unter 20	20 – 29	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	70 und älter
2010	0,1%	14,6%	26,8%	30,9%	18,9%	7,0%	1,7%
2009	0,1%	14,4%	27,0%	31,5%	18,7%	6,7%	1,7%
2008	0,1%	14,3%	28,0%	32,1%	17,8%	6,4%	1,5%
Abw. 2009 / 2010 (in Prozentpunkten)	0,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,2	+ 0,3	0,0

*) Datenquelle: Creditreform.

Zum zweiten Punkt: Auch 2010 setzt sich der Trend fort, wonach junge Erwachsene bis 29 Jahre, aber erneut auch ältere Menschen, einen zunehmenden Anteil an den registrierten Fällen von Verbraucherinsolvenz aufweisen. So stieg der Anteil der Altersgruppen 20 bis 29 Jahre (plus 0,2 Prozentpunkte), 50 bis 59 Jahre (plus 0,2 Prozentpunkte) und 60 bis 69 Jahre (plus 0,3 Prozentpunkte) am Insolvenzgeschehen. Während bei Personen mittleren Alters und bei älteren Verbrauchern häufiger Krankheit, die Trennung vom Lebenspartner oder eine gescheiterte Selbstständigkeit als Auslöser für die Überschuldung verantwortlich sind, dürfte der Anstieg der Insolvenzen von jungen Menschen vorrangig auf übermäßigen Konsum zurückzuführen sein.

**Auslöser:
übermäßiger Konsum**

**In mittleren Altersgruppen
kommt der Aufschwung an**

Anteilmäßig weniger betroffen als im Vorjahr sind Personen, die zwischen 40 bis 49 Jahre (minus 0,6 Prozentpunkte) und zwischen 30 und 39 Jahre (minus 0,2 Prozentpunkte) alt sind. Anscheinend können diese Altersgruppen stärker vom Wirtschaftsaufschwung und den damit einhergehenden besseren Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren. Verschuldete Personen verbesserten dadurch ihre Einkommenssituation bzw. konnten durch die Vermeidung von Arbeitslosigkeit ihrem Schuldendienst weiter nachkommen.

Bedenklich ist vor allem die steigende Insolvenzbetroffenheit bei Personen zwischen 20 und 29 Jahren – auch im mittelfristigen Trend seit 2008. Ein Siebtel der Verbraucherinsolvenzfälle (14,6 Prozent) betrifft mittlerweile Personen, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

1.3 Insolvenzen und die Schäden

Die Schäden aus Insolvenzen für die Gläubiger und die gesamte Gesellschaft erreichen auch in diesem Jahr wieder einen zweistelligen Milliardenbetrag. 2010 beläuft sich die Schadenssumme auf insgesamt 35,4 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr (78,9 Milliarden Euro) hat sich das Volumen der Insolvenzschaäden aber um 43,5 Milliarden Euro oder gut die Hälfte (55,1 Prozent) deutlich verringert.

Insolvenzschaäden immer noch im zweistelligen Milliardenbereich ...

Tab. 5: Schaäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	je Insolvenzfall (in Euro)	öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	672.000	9,7	27,6
2000	17,9	641.000	9,2	27,1
2001	22,0	679.000	10,3	32,3
2002	26,6	707.000	11,8	38,4
2003	27,9	707.000	12,6	40,5
2004	27,5	700.000	11,9	39,4
2005	26,7	725.000	10,8	37,5
2006	22,4	658.000	8,7	31,1
2007	21,2	727.000	8,0	29,2
2008	21,0	710.000	8,0	29,0
2009	63,8	1.937.000	15,1	78,9
2010 *)	25,2	785.000	10,2	35,4

*) von Creditreform geschätzt

Dazu beigetragen haben zwei Effekte: Zum einen die gegenüber 2009 gesunkene Anzahl der Unternehmensinsolvenzen und zum anderen – das ist der weitest-stärkere Effekt – waren im laufenden Jahr erheblich weniger Großinsolvenzen zu verzeichnen als 2009. Die Zahl der betroffenen Gläubiger und die Forderungsbeträge sind bei großen Firmenzusammenbrüchen à la Arcandor meist deutlich höher als bei insol-

**... aber weniger
Großschäden**

venten mittelständischen Unternehmen. Somit verringerte sich die durchschnittliche Schadenssumme je Insolvenzfall in 2010 auf 785.000 Euro, nachdem im vergangenen Jahr mit rund 1,94 Millionen Euro der bisherige Negativrekord registriert wurde. Der Vorjahreswert wurde jedoch von einer Reihe sehr großer Insolvenzfälle verzerrt. Die in diesem Jahr deutlich geringere mittlere Schadenssumme spiegelt ein eher mittelständisch geprägtes Insolvenzgeschehen mit einem hohen Anteil kleinerer und Kleinstunternehmen wider.

Die angemeldeten Forderungen aus der Privatwirtschaft betragen in diesem Jahr insgesamt 25,2 Milliarden Euro (2009: 63,8 Milliarden Euro). Der überwiegende Teil dieser Summe wird von den Gläubigern abgeschrieben werden müssen, denn die Befriedigungsquoten im Regelinsolvenzverfahren liegen zu meist im einstelligen Prozentbereich – außerdem ist mit dem Geld im Erfolgsfalle erst nach Jahren zu rechnen.

**Gut 10 Mrd. Euro muss
öffentliche Hand abschreiben**

Die Schäden für die öffentliche Hand summieren sich in diesem Jahr auf geschätzt 10,2 Milliarden Euro. Das sind 4,9 Milliarden Euro oder 32,5 Prozent weniger als im vergangenen Jahr (15,1 Milliarden Euro). Neben der öffentlichen Hand als Auftraggeber, dem bei einer Zahlungsunfähigkeit des Auftragnehmers zusätzliche Kosten entstehen, werden hierunter Zahlungen subsummiert, die im Falle einer Insolvenz zu leisten sind – wie Verfahrenskosten und das Insolvenzgeld der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die Insolvenzschaadenssumme beruht teilweise auf Schätzungen und Hochrechnungen, da eine exakte Bezifferung der Schäden für die Gläubiger und die Öffentlichkeit schwierig ist. Zum einen werden nicht alle offene Forderungen in voller Höhe von den Insolvenzgläubigern angezeigt; zweitens lässt sich nicht immer feststellen, ob bereits Rückflüsse an Teile der Gläubiger erfolgt sind. Schließlich ist die Aufforderung an die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche zum Zeitpunkt der Erfassung des Verfahrens noch gar nicht erfolgt. So ist die exakte Höhe der Forderungsverluste

in der Regel frühestens zwei Jahre nach Eröffnung des Verfahrens zu ermitteln.

Zwei weitere Quellen ergänzen den beschriebenen Trend bei der diesjährigen Insolvenzschaadenssumme: So nennt das Statistische Bundesamt in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres allein bei unternehmerischen Insolvenzen offene Forderungen von 19,7 Milliarden Euro – was einem Rückgang um gut 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Zudem rechnet der Pensionssicherungs-Verein (PSVaG), der die Betriebsrenten und Rentenanwartschaften der Arbeitnehmer vor dem Verlust infolge einer Insolvenz des Arbeitgebers versichert, mit einer deutlich rückläufigen Schadenssumme. Die vom PSVaG vorgenommene starke Senkung der Beitragssätze von 14,2 auf 1,9 Promille wird u. a. auch damit begründet, dass im Jahresverlauf kein außerordentlicher Großschaden zu verzeichnen war.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in diesem Jahr weiter entspannt. Ende Oktober registrierte die Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 2,95 Millionen Arbeitslose. Das sind 283.000 weniger als im Vorjahr. Zudem verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit seit dem Höchstwert von rund 1,5 Millionen im Mai des vergangenen Jahres auf nur noch 173.000 (Stand: August 2010). Mittlerweile macht bereits wieder die Sorge eines Fachkräftemangels die Runde. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen in Deutschland – vor allem im Mittelstand – ist nach der aktuellen Creditreform Herbstbefragung 2010 weiter ungebrochen.

***Arbeitslosigkeit sinkt –
240.000 bangen aber um
ihren Job***

Auch die insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste gehen 2010 stark zurück. Im laufenden Jahr waren 240.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen. Das entspricht einem deutlichen Rückgang um 53,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2009: 521.000 Betroffene). Auch in dieser Zahl spiegelt sich die Normalisierung des Insolvenzgeschehens wider, das typischerweise von kleinen und mittleren

Firmenpleiten mit nur wenigen Mitarbeitern geprägt ist. Das Ausnahmejahr 2009 mit den Zusammenbrüchen vieler namhafter Unternehmen hatte damals die Arbeitsplatzverluste um einen zweistelligen Prozentbetrag in die Höhe getrieben.

Tab. 6: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009	521.000	+ 16,6
2010 *)	240.000	- 53,9

*) von Creditreform geschätzt

Nicht in allen Fällen werden jedoch die von der Insolvenz betroffenen Stellen gemeldet. Zusätzlich sind bereits im Vorfeld der bevorstehenden Insolvenz Arbeitsplätze abgebaut wurden, und auch Lieferanten und Geschäftspartner mussten infolge von Kundeninsolvenzen nicht selten Stellen im eigenen Unternehmen streichen. So muss die tatsächliche Zahl der in insolventen Unternehmen wegfallenden Arbeitsplätze eher höher eingeschätzt werden.

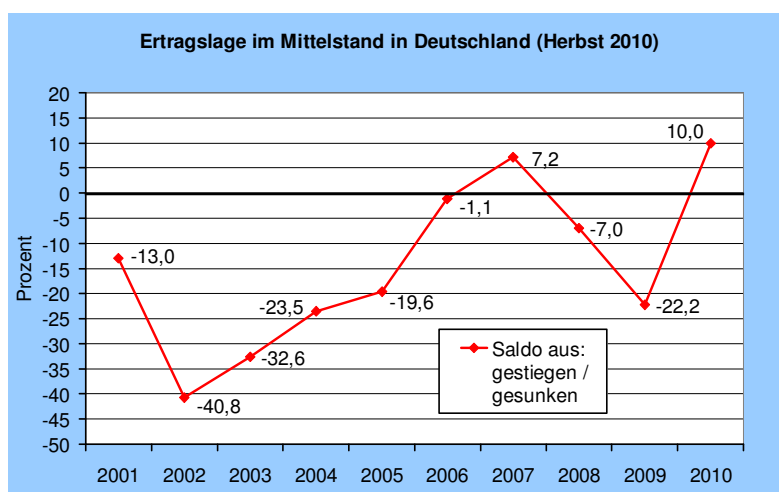
1.5 Insolvenzen und Finanzierungsstruktur

Die Trends bei den Firmeninsolvenzen werden in wesentlichen Teilen vom finanziellen und konjunkturellen Umfeld bestimmt. Wie die Stabilität der deutschen Unternehmen im laufenden Jahr durch eine bessere Ertragslage und ein pünktlicheres Zahlungsverhalten der Kunden gestärkt wurde, verdeutlichen die folgenden Fakten.

Ertragslage

Den Aufschwung spüren die deutschen Unternehmen endlich auch in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung. So hat sich die Ertragssituation im Mittelstand wieder deutlich gebessert. Knapp ein Drittel der Unternehmen (32,6 Prozent) berichtete in der Creditreform Herbstumfrage von Ertragszuwächsen, nachdem das im Vorjahr nur jedem Fünften (20,5 Prozent) gelang. Zudem verringerte sich der Anteil der Unternehmen, die Gewinnrückgänge zu verkraften hatten; von 42,7 Prozent im Vorjahr auf 22,6 Prozent in diesem Jahr.

Die Gewinne sprudeln wieder



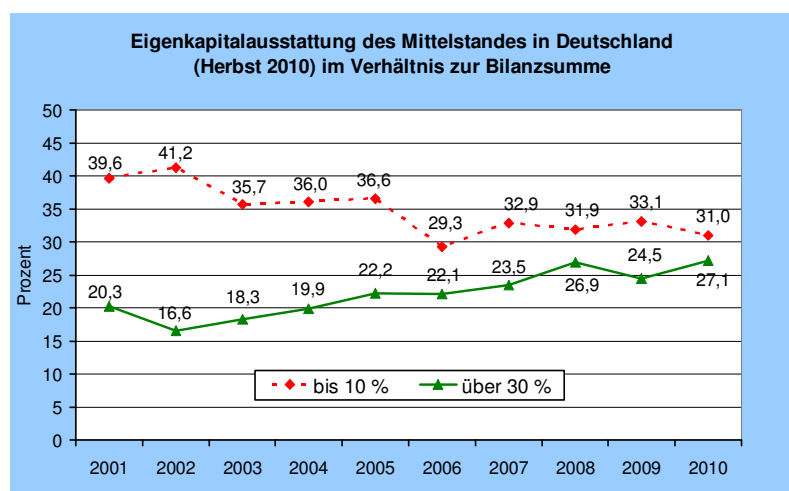
Damit weist der Saldo aus Ertragssteigerungen und -rückgängen mit plus 10,0 Punkten erstmals seit 2007 (plus 7,2 Saldenpunkte) wieder ein positives Vorzeichen auf. Das zeigt, wie gut die Unternehmen nach dem Konjunkturtief wieder auf die Beine gekommen sind. Gleichzeitig muss betont werden, dass Ertragssteigerungen nach dem Minus im letzten Jahr bei vielen Unternehmen vergleichsweise einfach zu realisieren waren.

Eigenkapitalsituation

Viele Unternehmen haben die Notwendigkeit zur Stärkung ihrer Eigenkapitaldecke erkannt – denn die Eigenkapitalquote spielt bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eine zentrale Rolle. Nachdem sich die Ertragslage wieder bessert, können Mehreinnahmen verstärkt in Kapitalrücklagen fließen. Offenbar mit Erfolg, denn die Eigenkapitalquote lag nur noch bei 31,0

**Gut für die Insolvenzstatistik:
stabile Eigenkapitalquoten**

Prozent der Unternehmen unterhalb der Marke von zehn Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme. Im Vorjahr waren noch 33,1 Prozent der Unternehmen derart unterkapitalisiert. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Unternehmen, die eine solide Eigenkapitalausstattung aufweisen. Nach 24,5 Prozent im Vorjahr erreichen diesmal 27,1 Prozent der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von über 30 Prozent. Erstaunlicherweise hat sich in der Krise die Eigenkapitalsituation der Unternehmen nicht verschlechtert – mit positiven Rückwirkungen auf das Insolvenzgeschehen.



Zu diesem Ergebnis kommt auch die KfW-Bankengruppe in einer aktuellen Untersuchung. Danach kam den mittelständischen Unternehmen zugute, dass viele selbst im Rezessionsjahr 2009 noch Gewinne erzielen konnten, die in eine Stärkung der Kapitalpolster flossen.

Ein gänzlich anderes Bild zeigt allerdings eine Untersuchung der Eigenkapitalausstattung der diesjährigen Insolvenzkandidaten: Aus der Creditreform Bilanzdatenbank, in der zurzeit rund 227.000 Jahresabschlüsse aus dem Bilanzjahr 2009 vorliegen, wurden die Bilanzen der betroffenen Unternehmen herausgesucht und einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt. Das Ergebnis ist erschreckend: In der Summe weisen die betrachteten Firmen im Kalenderjahr vor der Insolvenzmeldung ein negatives Eigenkapital auf. Nur 41 Prozent der untersuchten Unternehmen besitzen im Vorfeld der Pleite überhaupt noch eine positive Eigenkapitalausstattung.

***Viele Insolvenzkandidaten
mit null Eigenkapital***

talquote. Bei der Mehrzahl der 2010er Insolvenzkandidaten war das Eigenkapital schon vor dem amtlich festgestellten Zusammenbruch völlig aufgezehrt oder im Minus.

Zahlungsverhalten der Kunden

Die mittelständischen Unternehmen beurteilen das Zahlungsverhalten ihrer Kunden wieder mit besseren Noten. Die positiveren Einschätzungen spiegeln sich auch in einem Rückgang der Forderungsausfälle wider. Nach wie vor gelten ausgefallene Forderungen bei Lieferanten und Kreditgebern als häufiger Grund für eigene Liquiditätsengpässe. Diese Gefahrenquelle dürfte sich nun zunehmend abschwächen. Nur ein Zehntel der Befragten (10,1 Prozent) hatte unter Forderungsverlusten von mehr als einem Prozent des Jahresumsatzes zu leiden. Im Vorjahr war jeder Achte (12,9 Prozent) von hohen Forderungsausfällen betroffen. Keine Ausfälle oder nur sehr geringe (bis zu 0,1 Prozent des Umsatzes) melden 55,5 Prozent der Lieferanten und Kreditgeber (Vorjahr: 50,0 Prozent).

Gefahrenquelle „Kundenzahlungsmoral“

Tab. 7: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■	bis 0,1	34,6 (30,2)
	bis 0,5	20,6 (19,9)
	bis 1,0	11,6 (15,2)
	über 1,0	10,1 (12,9)
	keine Verluste	20,9 (19,8)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Aktuelle Finanzierungsbedingungen

Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen haben sich nach dem raschen Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise entschärft. Befürchtungen, eine Kreditklemme könnte den Aufschwung gefährden, sind mittlerweile vom Tisch. Neben der deutlich verbesserten Geschäftsentwicklung in den Unternehmen unterstützt auch das entspannte Kreditgeschäft den rückläufigen Insolvenztrend – und umgekehrt. So ist die Kredithürde, die das Ifo in München monatlich ermit-

***Kreditvergabe kommt wieder
in Gang – Herausforderungen
aber bleiben***

telt, so niedrig wie seit drei Jahren nicht mehr. Nur noch 27,6 Prozent der Befragten bezeichnen laut Ifo im Oktober 2010 die Kreditvergabe der Banken als restriktiv. Vor einem Jahr hatten die Münchner noch eine Quote von 41,7 Prozent registriert. Auch die KfW spricht in einer „Blitz-Befragung“ von einer zunehmenden Entspannung beim Bankkredit und den Finanzierungsbedingungen. Hier scheint die Trendwende erreicht.

Dennoch lassen sich die Kreditvergabestandards der Banken auch weiterhin nicht als gelockert bezeichnen, da sich die regulatorischen Vorschriften an die Kreditinstitute stark erhöht haben. In der Vorausschau auf die verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsrichtlinien nach Basel III ist hierbei auch keine Änderung zu erwarten. Vor allem bonitätsschwache Unternehmen, die Kapital benötigen, kämpfen mit restriktiven Kreditkonditionen. Ungelöst ist in einigen größeren mittelständischen Unternehmen weiterhin das Problem der Mezzanine-Refinanzierung. Ein Großteil des Betrages wird in Kürze fällig und muss zurückgezahlt werden – für die Betroffenen dürften damit erhebliche Kraftanstrengungen verbunden sein.

1.6 Unternehmensinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

Die deutsche Wirtschaft fährt derzeit unter Volldampf. Die deutlich verbesserte konjunkturelle Lage macht sich vor allem im Verarbeitenden Gewerbe mit sinkenden Insolvenzzahlen bemerkbar. Aber auch im Bau und im Handel sind signifikante Rückgänge zu verzeichnen, einzig im Dienstleistungssektor stiegen die Insolvenzzahlen auch im Aufschwung noch einmal leicht an.

***Starker Rückgang im
Verarbeitenden Gewerbe***

Im gesamten Bundesgebiet wurden 2010 2.830 Firmeninsolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe gezählt – ein deutlicher Rückgang um 15,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als 3.360 Fälle zu beklagen waren. Wesentliche Unterschiede in diesem Trend zwischen Ost- und Westdeutschland sind nicht erkennbar.

Klarer ersichtlich sind unterschiedliche Entwicklungen zwischen alten und neuen Ländern dagegen im Bausektor. Zwar hat sich das Insolvenzgeschehen hier wie dort abgeschwächt. Allerdings fiel der Rückgang im Osten der Bundesrepublik mit minus 17,1 Prozent gegenüber 2009 gut fünfmal so groß aus wie im Westen (minus 3,1 Prozent). Deutschlandweit werden 2010 etwa 4.970 Bauunternehmen aufgrund einer Insolvenz die Segel streichen müssen. Im vergangenen Jahr waren noch 5.330 Baufirmen betroffen (minus 6,8 Prozent).

Weniger Firmenpleiten im deutschen Bausektor

Tab. 8: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2010 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränder. gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.390 (2.850)	9,1 (10,7)	- 16,1
Ost	440 (510)	7,6 (8,2)	- 13,7
Deutschland	2.830 (3.360)	8,8 (10,2)	- 15,8
Bau			
West	3.810 (3.930)	14,5 (14,7)	- 3,1
Ost	1.160 (1.400)	20,0 (22,4)	- 17,1
Deutschland	4.970 (5.330)	15,5 (16,2)	- 6,8
Handel			
West	5.570 (5.950)	21,2 (22,3)	- 6,4
Ost	1.060 (1.230)	18,3 (19,6)	- 13,8
Deutschland	6.630 (7.180)	20,7 (21,8)	- 7,7
Dienstleist.			
West	14.530 (13.940)	55,2 (52,3)	+ 4,2
Ost	3.140 (3.120)	54,1 (49,8)	+ 0,6
Deutschland	17.670 (17.060)	55,0 (51,8)	+ 3,6
Gesamt			
West	26.300 (26.670)	100,0 (100,0)	- 1,4
Ost	5.800 (6.260)	100,0 (100,0)	- 7,3
Deutschland	32.100 (32.930)	100,0 (100,0)	- 2,5

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Ähnlich verlief die Insolvenzentwicklung im Bereich Handel. 2010 verringerte sich die Zahl der insolventen Händler um 7,7 Prozent. 6.630 Handelsbetriebe mussten in diesem Jahr aufgeben, nachdem es im Rezessionsjahr 2009 noch 7.180 Firmen erwischte. Der Rückgang fiel im Osten Deutschlands erneut stärker aus als im Westen.

Noch nicht abgeebbt ist die Insolvenzwelle im Dienstleistungssektor. Im laufenden Jahr müssen 17.670

Insolvenzwellen im Dienstleistungssektor noch nicht abgeebbt

Dienstleister den Gang zum Insolvenzgericht antreten. Das entspricht einem leichten Anstieg um 3,6 Prozent gegenüber 2009 (17.060 Fälle). Ein Zuwachs der Insolvenzen im Dienstleistungsgewerbe ist vor allem noch einmal im Westen der Bundesrepublik festzustellen (plus 4,2 Prozent).

Tab. 9: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2010 *)

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	77 (91)
Baugewerbe	145 (156)
Handel	95 (103)
Dienstleistungen	99 (96)
Gesamt	101 (103)
hierunter:	
Westdeutschland	100 (102)
Ostdeutschland	102 (110)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2008
() = Vorjahresangaben

Sinkende Insolvenzrisiken, Handel auf Platz 2

Die Insolvenzquote, also die Zahl der Insolvenzfälle je 10.000 Unternehmen, unterscheidet sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen stark. Nach wie vor die höchste Risikoquote weist das Baugewerbe auf. Auf 10.000 Bauunternehmen kommen 145 Ausfälle (2009: 156). Gleichwohl zeichnet sich im Wirtschaftsbereich Bau eine Entspannung ab; die Insolvenzquote hat sich binnen eines Jahres um 11 Punkte verringert. Nochmals gestiegen ist die Gefahr einer Insolvenz dagegen im Dienstleistungsgewerbe, das mit 99 Ausfällen auf 10.000 Unternehmen mittlerweile die zweithöchste Quote innerhalb der vier Hauptwirtschaftsbereiche aufweist. Noch im Vorjahr wurden 96 Insolvenzen je 10.000 Dienstleistungsunternehmen gemessen.

Einen Platz verbessert hat sich der Wirtschaftsbereich Handel. Nachdem im Rezessionsjahr 2009 auf 10.000 Händler noch 103 Ausfälle kamen, verringerte sich die Insolvenzquote in diesem Jahr auf 95. Am geringsten ist das Risiko einer Insolvenz weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe. Aufgrund der gesunkenen Zahl der Insolvenzfälle sinkt auch die Insolvenzquote in diesem

Wirtschaftsbereich – und zwar von 91 auf nur noch 77 Ausfälle je 10.000 Firmen. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die gesamtwirtschaftliche Insolvenzquote von 103 auf 101 Ausfälle je 10.000 Unternehmen zurückgegangen ist. Dabei weist der Osten Deutschlands im Jahresverlauf eine stärkere Rückführung der Insolvenzbetreffenheit auf (von 110 auf 102).

Tab. 10: Branchen *) mit den stärksten Veränderungen im Jahresverlauf 2010

■	Insolvenzzuwächse in Prozent
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	+ 16,8
Dienstleistungen für Sport, Unterhaltung und Erholung	+ 16,6
Garten- und Landschaftsbau	+ 15,6
Abbrucharbeiten	+ 13,6
Herstellung von Bekleidung	+ 12,1
Hochbau	- 18,2
Tiefbau	- 20,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoff	- 25,9
Herstellung von Kraftwagen	- 41,7
Metallerzeugung- und Metallbearbeitung	- 58,1

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.

Die stärksten Rückgänge im Jahresverlauf zeigen Branchen aus dem Verarbeitenden Gewerbe: minus 58,1 Prozent in der Metallverarbeitung, minus 41,7 Prozent im Automobilbau und minus 25,9 Prozent in der Kunststoffindustrie. Deutlich weniger Insolvenzen sind auch im Bauhauptgewerbe, d. h. im Tiefbau (minus 20,0 Prozent) und im Hochbau (minus 18,2 Prozent) festzustellen.

Das Ende der Krise bei den Automobilherstellern schlägt sich positiv auf die Insolvenzen in der Zulieferindustrie nieder. Dass die Branche nach dem Einbruch wieder aufblüht, zeigt auch eine aktuelle Untersuchung der IKB, in der Jahresabschlüsse 2009 und Halbjahreszahlen 2010 analysiert wurden. Danach erreichen die Umsätze (der überlebenden Unternehmen) mittlerweile wieder das Vorkrisen-Niveau, nachdem 2009

Metall- und Autobranche zeigen sich erholt

noch tiefrote Zahlen geschrieben wurden. Einige Opfer hat die Branche allerdings auch in diesem Jahr zu beklagen, wie Kapital 1.8 zeigen wird.

Zuwächse gegenüber dem Vorjahr verzeichnen dagegen Dienstleistungsbereiche wie Finanz- und Versicherungsdienste mit einem Plus von 16,8 Prozent und Dienstleistungen für Sport, Unterhaltung und Erholung (plus 16,6 Prozent). Ebenfalls mehr Firmeninsolvenzen als im vergangenen Jahr sind im Garten- und Landschaftsbau (plus 15,6 Prozent) sowie im Wirtschaftszweig Abbrucharbeiten und Baustellenvorbereitungen (plus 13,6 Prozent) festzustellen.

Zuwächse im Finanzgewerbe

1.7 Parameter insolventer Unternehmen

Das Gros des Insolvenzgeschehens spielt sich im kleinen Mittelstand und im Kleingewerbebereich ab. Diese Entwicklung lässt sich an der Verteilung der Unternehmensinsolvenzen nach der Rechtsform gut erkennen. So machen Kleingewerbetreibende (46,7 Prozent; Vorjahr: 47,6 Prozent) sowie die GmbH (38,6 Prozent; Vorjahr: 37,5 Prozent) als wichtige Rechtsformen des deutschen Mittelstandes zusammen 85,3 Prozent aller Insolvenzfälle aus. Die verbleibenden Fälle konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Rechtsformen GmbH & Co. KG (4,7 Prozent; Vorjahr: 4,5 Prozent), Einzel-firma (3,5 Prozent; Vorjahr: 3,9 Prozent) sowie freie Berufe (3,2 Prozent; Vorjahr: 3,2 Prozent).

Kleingewerbe und die GmbH dominieren das Insolvenzgeschehen

Allerdings sagt die Verteilung der diesjährigen Insolvenzfälle auf die wichtigsten Rechtsformen in Deutschland allein noch sehr wenig über die Insolvenzgefährdung der entsprechenden Rechtsform aus. Dazu muss die Insolvenzquote herangezogen werden. Danach weisen die Rechtsformen GmbH und AG das höchste Gefährdungspotenzial auf. Die Insolvenzquote der GmbH (156 Ausfälle je 10.000 Unternehmen) liegt rund um die Hälfte und die Insolvenzquote der AG (202 Ausfälle je 10.000 Unternehmen) um etwa das Doppelte über der gesamtwirtschaftlichen Insolvenzquote. Bei Kleingewerbebetrieben (97), der GmbH & Co. KG (95) und Einzelfirmen (94) liegt die Insolvenzquote etwa im Bereich des gesamtwirtschaftlichen Mit-

Kapitalgesellschaften riskanter

tels. Deutlich unterdurchschnittlich ist die Ausfallquote dagegen in den Rechtsformen eG (23) und e.V. (22).

Tab. 11: Unternehmensinsolvenzen 2010 in Deutschland nach Rechtsform

■	Prozent- verteilung	Unter- nehmens- bestand	Insolvenz- quote
Freie Berufe	3,2 (3,2)	14,5%	21
Kleingewerbe- treibende	46,7 (47,6)	45,5%	97
BGB-Gesellschaft	1,1 (1,1)	3,9%	25
Einzelfirma	3,5 (3,9)	3,5%	94
OHG	0,3 (0,3)	0,6%	50
KG	0,5 (0,5)	0,6%	75
GmbH & Co. KG	4,7 (4,5)	4,6%	95
GmbH	38,6 (37,5)	23,4%	156
AG	0,8 (0,8)	0,4%	202
eG	0,1 (0,1)	0,2%	23
e.V.	0,6 (0,6)	2,6%	22

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent.

Die diesjährigen Insolvenzkandidaten sind entweder noch sehr jung (Unternehmen in den ersten fünf, sechs Jahren ihres Bestehens) oder bereits seit vielen Jahren am Markt. So weist knapp die Hälfte der insolventen Unternehmen (46,4 Prozent) ein Betriebsalter von höchstens sechs Jahren auf, während gut ein Drittel aller Fälle (35,3 Prozent) erst nach dem zehnten Firmenjubiläum gescheitert sind. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich der Trend, wonach jüngere Unternehmen diesmal etwas stärker betroffen sind. 2009 lag der Anteil der ein- bis sechsjährigen erst bei 46,1 Prozent.

Insolvenzgefahr sinkt mit steigendem Alter

Allerdings zeigt sich anhand der Insolvenzquote, dass etablierte Unternehmen weitaus geringer ausfallgefährdet sind als Neugründungen und junge Start-ups (bis zwei Jahre). Bei diesen liegt die Ausfallquote mit 141 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Mittelwert. Mit zunehmenden Betriebsalter steigt die Ausfallrate zunächst an, liegt dann in der Altersklasse der sieben- bis achtjährigen Unternehmen mit 124 Ausfällen auf 10.000 erst-

mals wieder unter der Insolvenzquote neugegründeter Firmen. Unternehmen mit einem Betriebsalter von über 10 Jahren weisen demgegenüber nur eine halb so hohe Ausfallrate auf wie der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt (56).

Tab. 12: Unternehmensinsolvenzen 2010 in Deutschland nach Betriebsalter

■	prozentuale Verteilung	Unternehmensbestand	Insolvenzquote
0 bis 2 Jahre	15,2 (14,6)	9,9	141
3 bis 4 Jahre	17,1 (17,7)	8,1	196
5 bis 6 Jahre	14,1 (13,8)	8,6	151
7 bis 8 Jahre	9,9 (9,9)	7,4	124
9 bis 10 Jahre	8,4 (8,2)	7,3	106
über 10 Jahre	35,3 (35,8)	58,6	56

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben.

Nachdem im vergangenen Jahr noch spektakuläre Großpleiten das Insolvenzgeschehen in Deutschland beherrschten, wird das Jahr 2010 von Insolvenzen im mittelständischen Wirtschaftsbereich geprägt. In 79,0 Prozent waren im betroffenen Unternehmen höchstens fünf Personen tätig, in vielen Fällen gab es außer dem Eigner keine weiteren Angestellten. Knapp jeder zehnte Insolvenzkandidat (9,5 Prozent) war Arbeitgeber für bis zu zehn Mitarbeiter, in 5,9 Prozent der Unternehmen waren zum Zeitpunkt der Insolvenz maximal 20 Personen tätig.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Insolvenzgeschehen deutlich auf kleine Unternehmen und Kleinstbetriebe verlagert. So ist der Anteil der Firmen mit bis zu fünf Angestellten an allen insolventen Unternehmen um knapp zwei Prozentpunkte gestiegen. Dagegen haben Großunternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten in diesem Jahr ein deutlich geringeres Gewicht. Gerade noch 0,6 Prozent der insolventen Unternehmen beschäftigten mehr als 100 Mitarbeiter (Kapital 1.8 gibt einen Überblick über die bedeutendsten Fälle). Im Vorjahr waren Großunternehmen noch für 1,1 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen verantwortlich.

Insolvenzgeschehen wieder kleinteilig ...

... nur wenige Großpleiten

Gleichwohl reißt die Pleite eines regional bedeutsamen Arbeitgebers meist ein tiefes Loch in den regionalen Arbeitsmarkt.

Tab. 13: Unternehmensinsolvenzen 2010 in Deutschland nach Beschäftigtenzahl *)

■	Unternehmensinsolvenzen 2010			Unternehmensbestand
	West	Ost	Deutschland	
1 – 5 Personen	79,0 (77,1)	79,3 (77,5)	79,0 (77,2)	85,1
6 – 10 Personen	9,4 (9,8)	9,9 (10,4)	9,5 (9,9)	7,0
11 – 20 Personen	5,8 (6,0)	6,0 (6,3)	5,9 (6,1)	3,8
21 – 50 Personen	4,0 (4,5)	3,4 (4,1)	3,8 (4,4)	2,4
51 – 100 Personen	1,1 (1,5)	0,9 (1,0)	1,1 (1,3)	0,9
> 100 Personen	0,7 (1,2)	0,5 (0,7)	0,6 (1,1)	0,9

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben; *) inkl. Inhaber

In der Insolvenzstatistik spiegelt sich die unterschiedliche Größenverteilung der Unternehmen in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen wider. So sind mittlere und größere Insolvenzen in den Wirtschaftszweigen Handel und Dienstleistungen eher selten zu finden. Gerade einmal 1,1 Prozent (Handel) bzw. 1,4 Prozent (Dienstleistungen) der registrierten Insolvenzfälle weisen eine Größe von mehr als 50 Beschäftigten auf. Das Gros der Insolvenzkandidaten in beiden Sektoren sind sehr kleine Betriebe bis maximal fünf Mitarbeiter; im Handel 81,2 Prozent, im Dienstleistungsgewerbe sogar 82,9 Prozent.

Etwas anders stellt sich die Situation im Verarbeitenden Gewerbe und zum Teil auch im Baugewerbe dar. Vor allem in den produzierenden Bereichen entfällt ein nennenswerter Anteil der Insolvenzen auf mittlere und größere Unternehmen. So hatten im Verarbeitenden Gewerbe immerhin 6,4 Prozent der insolventen Unternehmen mehr als 50 Mitarbeiter – höchstens fünf Beschäftigte gab es in gut der Hälfte (53,9 Prozent) der insolventen Betriebe. Knapp ein Neuntel (10,9 Prozent) der Insolvenzfälle entfielen im Verarbeitenden Gewerbe auf Unternehmen, in denen zwischen 21 und 50 Mitarbeiter tätig waren. In den übrigen Wirtschaftsbereichen liegt dieser Anteilswert deutlich niedriger,

Im Verarbeitenden Gewerbe auch Große betroffen

beispielsweise bei 2,8 Prozent im Handel oder 3,2 Prozent im Dienstleistungssektor.

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen 2010 nach Beschäftigtenzahl *) und Wirtschaftsbereich

■	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungen
1 – 5 Personen	53,9 (52,6)	75,7 (73,3)	81,2 (79,5)	82,9 (82,3)
6 – 10 Personen	15,2 (14,1)	12,2 (14,0)	9,7 (9,8)	7,9 (8,0)
11 – 20 Personen	13,7 (12,5)	7,5 (7,0)	5,1 (5,5)	4,6 (4,8)
21 – 50 Personen	10,9 (11,0)	3,7 (4,5)	2,8 (3,6)	3,2 (3,3)
51 – 100 Personen	3,4 (5,2)	0,7 (0,9)	0,7 (0,8)	0,9 (0,9)
> 100 Personen	3,0 (4,6)	0,2 (0,3)	0,4 (0,8)	0,5 (0,7)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent
() = Vorjahresangaben; *) inkl. Inhaber

Fast zwei Drittel mit weniger als 500.000 Euro Umsatz

Die Verteilung der insolventen Unternehmen bezogen auf ihren Umsatz bestätigt noch einmal das Bild, wonach 2010 ein Jahr der Insolvenzen der kleinen Firmen ist. Knapp die Hälfte der betroffenen Unternehmen (46,5 Prozent; Vorjahr: 44,9 Prozent) wies zuletzt noch einen Jahresumsatz von bis zu 250.000 Euro aus, weitere 17,2 Prozent (Vorjahr: 17,1 Prozent) erreichten einen Umsatz von bis zu 500.000 Euro. Die unteren Umsatzgrößenklassen verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen steigenden Anteil am Insolvenzgeschehen – nicht nur prozentual, auch absolut.

Tab. 15: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2010 *) für Gesamtdeutschland in Mio. Euro

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.770 (7.580)	24,2 (23,0)
> 0,1 – 0,25	7.160 (7.220)	22,3 (21,9)
> 0,25 – 0,5	5.520 (5.640)	17,2 (17,1)
> 0,5 – 5,0	10.080 (10.380)	31,4 (31,5)
> 5,0 – 25,0	1.310 (1.710)	4,1 (5,2)
> 25,0 – 50,0	160 (200)	0,5 (0,6)
> 50,0	100 (200)	0,3 (0,6)

*) Creditreform Schätzung, () = Vorjahresangaben

Dagegen haben große Firmenzusammenbrüche in diesem Jahr Seltenheitswert. Gerade einmal 160 Unternehmen (Vorjahr: 200) erreichen die Umsatzklasse

25 bis 50 Millionen Euro, und 100 Unternehmen (Vorjahr: 200) erzielten zuletzt noch einem Umsatz von über 50 Millionen Euro.

Tab. 16: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	26.620	18.803	70,6
2000	27.930	16.502	59,1
2001	32.390	17.763	54,8
2002	37.620	16.310	43,4
2003	39.470	16.530	41,9
2004	39.270	15.660	39,9
2005	36.850	13.590	36,9
2006	34.040	11.300	33,2
2007	29.150	8.690	29,8
2008	29.580	8.010	27,0
2009	32.930	8.410	25,5
2010 *)	32.100	8.500	26,5

*) von Creditreform geschätzt

Für rund drei Viertel der Insolvenzanträge (73,5 Prozent) wird das Insolvenzverfahren eröffnet. Dieser Anteil ist diesmal niedriger als 2009 (74,5 Prozent), weil u. a. viele kleine Firmeninsolvenzen häufig masselos sind und die Eröffnung des Insolvenzverfahrens deshalb abgelehnt wird. Grundsätzlich weist der Trend aber in Richtung mehr Eröffnungen, was eine wichtige Intention des Gesetzgebers bei der Einführung der InsO im Jahr 1999 war. Noch zu Beginn des Jahrtausends im Jahr 2000 wurde gut die Hälfte der Insolvenzanträge (59,1 Prozent) abgelehnt, weil die vorhandene Vermögensmasse zur Begleichung der Verfahrenskosten nicht ausreichend war. Die Entwicklung hin zu einer höheren Eröffnungsquote zeigt, dass mittlerweile Insolvenzanträge deutlich früher gestellt werden – auch, weil die Sanierungschancen nun stärker im Vordergrund stehen. Insofern dürften Gläubiger davon profitiert haben.

Masselosigkeit bei jeder vierten Insolvenz – Tendenz steigend?

Tab. 17: Eröffnungsquoten bei Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsform

■	in Prozent
Freie Berufe	82,1
Kleingewerbetreibende	91,4
BGB-Gesellschaft	56,4
Einzelfirma	95,1
OHG	70,7
KG	63,1
GmbH & Co. KG	71,5
GmbH	63,8
AG	67,5
eG	92,3
e.V.	45,9

Überdurchschnittlich hoch ist die Eröffnungsquote in den Rechtsformen Einzelfirma, wo 95,1 Prozent der Anträge in die Eröffnung gehen, bei Genossenschaften (92,3 Prozent), sowie bei Gewerbetreibenden (91,4 Prozent). Die Eröffnungsquote bei der GmbH liegt dagegen nur bei 63,8 Prozent, bei der KG bei 63,1 Prozent und bei der AG bei 67,5 Prozent.

1.8 Große Firmeninsolvenzen

Auch wenn der Trend in diesem Jahr zu den kleinen Firmeninsolvenzen geht, traf die Insolvenzwellen doch wieder einige Großunternehmen. Und erneut finden sich allein in der Liste der zehn größten Unternehmenszusammenbrüche fünf Unternehmen aus der Kfz-Zulieferbranche, denen im Aufschwung das Geld ausgegangen ist. Drei weitere stehen unter den 20 größten Insolvenzen 2010.

Allerdings hat sich bei Großinsolvenzen im Vergleich zum vergangenen Jahr die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze deutlich verringert. Waren im Jahr 2009 noch rund 76.000 Mitarbeiter von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffen – hauptsächlich verursacht durch die Großpleite des Handels und Touristikkonzerns Arcandor –, so sind es im laufenden Jahr nur gut 12.000 Mitarbeiter.

Honsel AG größte Pleite 2010

Tab. 18: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2010
 („Top Ten“)

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Honsel AG	Automobilzulieferer	3.000
	Hansa Gruppe	Betreiber Pflegeheim	1.600
	M&c Geiz	Discounter	1.600
	Saargummi Deutschland GmbH	Automobilzulieferer	1.100
	Pampus Automotive	Automobilzulieferer	940
	Brinkhof Holding	Zeitarbeit	880
	MAG Metz Gruppe	Kfz-Handel	850
	REUM Gruppe	Automobilzulieferer	760
	Rohwedder AG	Maschinen- und Anlagenbau	700
	Angell-Demmel Europe GmbH	Automobilzulieferer	700

Quelle: Creditreform Datenbank

Die **Honsel AG** – ein Hersteller von Leichtmetallbauteilen für die Automobilindustrie aus Meschede – musste Ende Oktober beim zuständigen Amtsgericht einen Insolvenzantrag stellen. Nun liegt es am vorläufigen Insolvenzverwalter, dem Düsseldorfer Anwalt Frank Kebekus und dem neuen Vorstandschef Stefan Eck, das Unternehmen in ein Sanierungsverfahren oder in die Arme eines zahlungskräftigen Investors zu führen. Die Voraussetzungen für einen Neustart werden insgesamt als gut eingeschätzt. Allerdings lasten auf dem Unternehmen Schulden in dreistelliger Millionenhöhe. Als Gründe für das Aus der Firma wurden Finanzierungsengpässe angegeben, wodurch die für den Aufschwung in der Automobilindustrie notwendigen Investitionen nicht getätigt werden konnten. Auch brachten die neuen Eigentümer des einstigen Familienunternehmens – verschiedene Beteiligungsgesellschaften – keine Stabilität. Noch immer ist das Unternehmen ein Schwergewicht der Branche und beschäftigt an verschiedenen Standorten in Deutschland rund 3.000 Mitarbeiter.

Die **Hansa-Gruppe**, die im Nordwesten Deutschlands 20 Pflegeheime betreibt, musste im März Insolvenz

anmelden. Als Grund wurden „kurzfristig aufgetretene Liquiditätsprobleme“ genannt. Eine Bank sei aus der Finanzierung ausgestiegen und nun soll das Insolvenzverfahren helfen, das Unternehmen neu zu strukturieren. Von einem kompletten Geschäfts-Aus wären 1.600 Mitarbeiter betroffen. Anfang Juni hat sich die Hansa-Gruppe mit Banken und Vermietern mehrheitlich auf ein Eigensanierungskonzept geeinigt, das den Erwerb des gesamten Bestandes an Immobilien durch den neuen Partner sowie veränderte Nutzungsverträge vorsieht.

Der in Landsberg bei Halle beheimatete Haushalts-Discounter "**M&c Geiz**" musste Mitte Mai einen Insolvenzantrag stellen. Als vorläufigen Insolvenzverwalter berief das zuständige Amtsgericht Rainer Eckert. Dieser kündigte an, den Geschäftsbetrieb an den bundesweit rund 180 Filialen des Unternehmens vorläufig fortzuführen. Die Löhne und Gehälter der rund 1.600 Mitarbeiter seien über das Insolvenzgeld für drei Monate gesichert. Als Grund für die Insolvenz wurden Finanzierungsprobleme genannt. Mittlerweile ist das Unternehmen an die österreichische MTH Handels-Holding verkauft worden, zu der auch der Filialist „Pfennigpfeifer“ gehört.

Mit der **Saargummi Deutschland GmbH** kam für einen weiteren deutschen Automobilzulieferer der Aufschwung zu spät. Als die Bemühungen um eine Restrukturierung scheiterten, musste die Geschäftsführung wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Anfang November einen Insolvenzantrag stellen. Das Unternehmen gehört mehrheitlich dem Finanzinvestor Odewald und stellt insbesondere Dichtungssysteme für automobile Anwendungen her und hat weltweit Kunden in der Automobilindustrie. Und gerade die Automobilhersteller waren nach Angaben der Unternehmensführung im Zuge der vorinsolvenzlichen Sanierungsbemühungen nicht zu Zugeständnissen bereit. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde der Saarbrücker Anwalt Udo Gröner bestellt, der zunächst den Geschäftsbetrieb stabilisieren wird. „Für eine Sanierung stünden die Chancen gut“, so Gröner. Ohne Personaleinschnitte und einem Verzicht der Banken wird

es aber wohl nicht gehen. Zuletzt beschäftigte das Unternehmen am Hauptstandort in Wadern-Büschfeld noch 1.100 Mitarbeiter.

Mitte Mai stellte die Geschäftsführung des Autositzherstellers **Pampus Automotive** Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. Neben der anhaltenden Krise auf dem Automobilmarkt hat das Unternehmen insbesondere die Insolvenz des Automobilherstellers Saab getroffen, für den es Sitze hergestellt hat. Laut Unternehmensführung soll der Geschäftsbetrieb in Zusammenarbeit mit dem Insolvenzverwalter möglichst aufrecht erhalten werden. Im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens soll die Sanierung des Unternehmens fortgesetzt werden.

Ebenfalls pleite ist der Automobilzulieferer **REUM GmbH**. Im August musste das Unternehmen mit Hauptsitz in Hardheim (Nordbaden), das gegenwärtig rund 760 festangestellte Mitarbeiter und etwa 250 Leiharbeiter beschäftigt, beim zuständigen Amtsgericht Insolvenz anmelden. Kurzfristig wolle Insolvenzverwalter Winkler die Zusammenarbeit mit Lieferanten und Kunden zunächst stabilisieren. Die Aussichten für eine erfolgreiche Restrukturierung stehen gut – das Unternehmen hat große Kunden im Premiumsegment der Automobilindustrie, für die es Inneneinrichtungen herstellt. Zurzeit laufen intensive Verhandlungen mit mehreren potenziellen Investoren.

Als weitere Unternehmen der Kfz-Zulieferbranche stellten in diesem Jahr der Lindauer Zulieferer **Angell-Demmel** sowie die **Wiederholt GmbH** einen Insolvenzantrag. Die Angell-Demmel Europe GmbH gilt als Marktführer im Bereich von Autoverzierungen. Zu den Kunden gehören die großen deutschen Automobilhersteller. Anfang September kam das Aus, weil der plötzliche Auftragsboom das Unternehmen überforderte. Etwa 700 Mitarbeiter bangen im ihren Job. Wiederholt stellt Präzisionsstahlrohre und Bauteile für Kraftfahrzeuge her und beschäftigte zuletzt 670 Arbeitnehmer. Erste potenzielle Investoren signalisierten bereits Interesse an der Übernahme des Unternehmens.

Ende März meldete der Automatisierungsspezialist **Rohwedder** beim Landgericht Konstanz Insolvenz wegen drohender Zahlungsunfähigkeit an. Es sei nicht gelungen, die notwendige Finanzierung bis zu einer erwarteten Belebung des Geschäfts sicherzustellen, hatte die Rohwedder AG in diesem Zusammenhang mitgeteilt. Anfang Juni wurde das Insolvenzverfahren eröffnet. Dem Insolvenzverwalter liegen bereits mehrere Angebote für die Übernahme der Gesamtaktivitäten der Rohwedder AG vor.

Ein Insolvenzantrag wurde 2010 auch für das Unternehmen **Kago-Kamine-Kachelöfen** GmbH & Co. Deutsche Wärmesysteme KG, für die einst erfolgreichste deutsche Werbeagentur **Springer & Jacoby**, den bekannten Wohnmobilhersteller **Westfalia** und den Kabelnetzbetreiber **Primacom** gestellt. Unter den Insolvenzkandidaten des Jahres 2010 finden sich auch zwei deutsche Fluggesellschaften – **Hamburg International** und die **Blue Wings AG** aus dem Münsterland – sowie der traditionsreiche Möbelhersteller **Otto Kind AG** aus Marienheide.

1.9 Exkurs: Reform des Insolvenzrechts

Die InsO bleibt weiter eine Baustelle. In den zurückliegenden Wochen und Monaten wurden wieder viele Reformvorschläge diskutiert, teilweise hat die Politik bereits Fakten geschaffen, und Änderungen am Insolvenzrecht stehen kurz vor der Umsetzung.

Die unterbreiteten Reformvorschläge folgen bestimmten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und setzen weitgehend an den bestehenden Schwachpunkten des Insolvenzrechts an. Neben der langen Verfahrensdauer und den hohen Kosten des Regelinsolvenzverfahrens, die große Teile der Insolvenzmasse verschlingen, werden auch die weiterhin sehr niedrigen Gläubigerbefriedigungsquoten kritisiert. Ein weiterer Ansatzpunkt für notwendige Anpassungen im bestehenden Insolvenzrecht ist die zu geringe Akzeptanz des Insolvenzplans sowie die im Planverfahren steckenden Ineffizienzen, die einer stärkeren Nutzung des Sanierungsinstrumentes in der Praxis im Wege stehen. Ge-

***InsO-Kritik: Zu lange
Verfahren, zu wenig Masse***

rade die Sanierungswege, die die InsO aufzeigt, werden aus Sicht der Politik noch zu wenig genutzt – auch weil die Unternehmer den Kontrollverlust über „ihr“ Unternehmen befürchten.

Die Reform der Insolvenzordnung soll in drei Stufen erfolgen, wobei die erste Stufe bereits im kommenden Jahr umgesetzt wird. Hierbei steht die Erleichterung der Sanierung angeschlagener Unternehmen im Fokus, wie eine Stärkung der Eigenverwaltung. In die gleiche Richtung zielt der Vorstoß, frühzeitige Insolvenzanträge zu belohnen, da hier die Chancen für eine erfolgreiche Sanierung meist deutlich höher sind.

Gläubiger sollen zudem mehr Rechte im Insolvenzverfahren erhalten, beispielsweise bei einem „debt-to-equity-swap“ oder der Auswahl des Insolvenzverwalters. Schließlich sollen bereits im kommenden Jahr bestehende Hindernisse in der Verwaltung und an den Gerichten abgebaut werden: Dazu zählt, dass das Insolvenzplanverfahren zur Chefsache erklärt wird, mit der Verantwortlichkeit beim Richter, nicht beim Rechtspfleger. Auch soll die Zuständigkeit der Amtsgerichte für unternehmerische Insolvenzverfahren stärker konzentriert werden, um Kompetenzen besser zu nutzen.

In naher Zukunft werden weitere Reformschritte folgen. Zu nennen ist hierbei die Beschleunigung der Restschuldbefreiung, um Unternehmensgründern eine „zweite Chance“ für einen Neustart zu ermöglichen. Ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren soll zudem die Chancen für einen Fortbestand angeschlagener Firmen verbessern. Hierbei müssen für die Eigentümer allerdings Anreize geschaffen werden, damit ein frühzeitig bekanntwerdender Sanierungsversuch nicht zu Wettbewerbsnachteilen führt.

Stärkung der Eigen- sanierung ...

... weitere Schritte folgen

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

2010: Gründungsboom in Deutschland

Deutschland erlebt derzeit nicht nur den kräftigsten Wirtschaftsaufschwung seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren, sondern auch einen Gründungsboom. In diesem Jahr wurden so viele Gewerbeanmeldungen registriert wie seit 2005 nicht mehr. 895.000 neue Gewerbebetriebe wurden von Januar bis Dezember 2010 angemeldet. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr (2009: 864.500 Anmeldungen). Einen Anstieg gab es sowohl im Gewerberegister (plus 3,1 Prozent), das allerdings in Teilen auch Nebenerwerbsgründungen sowie Anmeldungen von Rechtsformwechseln und Umzügen bereits bestehender Unternehmen umfasst, als auch im Handelsregister (plus 6,6 Prozent).

Die forcierten Gründungsaktivitäten sind einerseits Ausdruck günstigerer Gründungsbedingungen, wie dem verbesserten konjunkturellen Umfeld und der weniger restriktiven Unternehmens- und Gründungsfinanzierung. Aber auch Notgründungen, beispielsweise aus der Arbeitslosigkeit, haben ihren Beitrag an den diesjährigen hohen Gründungszahlen.

Tab. 19: Gründungsbilanz 2010 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in %	Löschungen	Veränd. in %
Gewerberegister	789.570 (765.570)	+ 3,1	628.470 (652.500)	- 3,7
Handelsregister	105.430 (98.930)	+ 6,6	76.530 (75.900)	+ 0,8
Gesamt:	895.000 (864.500)	+ 3,5	705.000 (728.400)	- 3,2
<i>darunter wirtschaftsaktive Unternehmen</i>	<i>196.100</i> <i>(191.200)</i>	<i>+ 2,6</i>		
Saldo:	+ 190.000 (+ 136.100)	+ 39,6		

*) Creditreform Schätzung; () = 2009

Creditreform weist zusätzlich die Zahl der wirtschaftlichen Gründungen aus, von denen eine verstärkte wirtschaftliche Aktivität ausgeht, was beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Umfang des Wareneinkaufs oder der Lieferantenbeziehungen betrifft. So wurden in diesem Jahr 196.100 Unternehmen erfasst, die als wirtschaftsaktiv klassifiziert werden – ein Anstieg um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

**Mehr Gründungen, die
Arbeitsplätze schaffen**

Für den Anstieg der Gesamtzahl der Gründungen spricht auch der Erfolg der neuen haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft (UG). In Form dieser als „Mini-GmbH“ bezeichneten Rechtsform wurden nach Angaben der Creditreform Datenbank seit ihrer Einführung rund 43.000 Unternehmen eingetragen. Attraktiv macht die neue Rechtsform vor allem die vergleichsweise geringen Gründungskosten. In diesem Jahr dürfte die Zahl der UG-Eintragungen insgesamt um rund ein Achtel unter dem Stand des Vorjahres zurückbleiben. Ein Zwischenfazit der noch jungen Rechtsform UG zu zweijährigen Bestehen zeigt Kapitel 2.5.

Tab. 20: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2010 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006	881.800	713.300	168.500
2007	855.600	719.600	136.000
2008	833.300	732.300	101.000
2009	864.500	728.400	136.100
2010 *)	895.000	705.000	190.000

*) von Creditreform geschätzt

Entgegen der Entwicklung bei den Gründungen nahm die Zahl der Löschungen ab. 2010 wurden rund 705.000 Gewerbeabmeldungen registriert. Das sind

23.400 oder 3,2 Prozent weniger als noch 2009 (728.400 Abmeldungen). Auch dieser Trend passt ins Bild einer kräftigen Konjunkturerholung mit weniger Insolvenzen und Firmenaufgaben. Zuletzt wurde 2005 ein geringerer Wert an Gewerbeabmeldungen erfasst. Der Unternehmensbestand in Deutschland ist auch 2010 weiter gestiegen. Per Saldo kommen im Handelsregister 28.900 Firmen hinzu. Insgesamt übersteigt die Zahl der Gewerbeabmeldungen die der Abmeldungen um 190.000. Das sind deutlich mehr als im Vorjahr, als ein Überschuss von 136.100 registriert wurde.

2.2 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen

Im Aufschwungjahr 2010 belebte sich das Gründungsgeschehen in beinahe allen Wirtschaftsbereichen: Zwar dominiert mit einem Anteil von 23,7 Prozent erneut der Bereich unternehmensnahe Dienstleistungen. Allerdings bleiben im Industrieland Deutschland auch Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe an der Tagesordnung. 6,6 Prozent der neuen Unternehmen im Handelsregister haben einen industriellen Tätigkeitsschwerpunkt, weitere 6,6 Prozent sind im Baugewerbe tätig. Die Gründungsaktivitäten im Handel verteilen sich auf dem Kfz-Handel (2,1 Prozent), den Großhandel (8,4 Prozent) und den Einzelhandel (7,1 Prozent). Zusammen sind damit 17,6 Prozent der Unternehmen, also jeder siebte Neuling, im Handel tätig.

Die ebenfalls dem Dienstleistungssektor zugehörigen Bereiche Wohnungswesen (Gründungsanteil: 7,5 Prozent), Kredit- und Versicherungsgewerbe (6,8 Prozent) sowie EDV/IKT (5,9 Prozent) komplettieren neben den personenbezogenen Diensten (14,7 Prozent) das Bild von der Dienstleistungsgesellschaft der Zukunft. Dagegen macht der primäre Sektor nur noch 0,9 Prozent aller Handelsregisterneueintragungen aus. Der Wirtschaftsbereich Ver- und Entsorger ist für 3,6 Prozent des diesjährigen Gründungsgeschehens verantwortlich, das Transport- und Logistikgewerbe für 3,1 Prozent und das Gast- und Beherbergungsgewerbe für 3,0 Prozent.

***Dienstleistungsgewerbe
dominiert das
Gründungsgeschehen***

Tab. 21: HR-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2010

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei, Bergbau	750	0,9	250	1,3	1.000	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	5.590	6,5	1.370	7,2	6.960	6,6
Energie u. Wasser- versorgung	2.970	3,4	810	4,3	3.780	3,6
Baugewerbe	5.430	6,3	1.570	8,3	7.000	6,6
Kfz-Handel	1.820	2,1	350	1,8	2.170	2,1
Großhandel	7.530	8,7	1.350	7,1	8.880	8,4
Einzelhandel	6.400	7,4	1.070	5,6	7.470	7,1
Gastgewerbe	2.480	2,9	680	3,6	3.160	3,0
Verkehr u. Logistik	2.780	3,2	460	2,4	3.240	3,1
Kredit- u. Versiche- rungsgewerbe	5.970	6,9	1.250	6,6	7.220	6,8
Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermie- tung beweglicher Sachen	6.180	7,1	1.750	9,2	7.930	7,5
Datenverarbeitung, IKT	4.990	5,8	1.190	6,3	6.180	5,9
unternehmensnahe Dienstleistungen	20.930	24,2	4.060	21,4	24.990	23,7
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	12.670	14,6	2.780	14,7	15.450	14,7
Summe	86.490	100,0	18.940	100,0	105.430	100,0

Quelle: Creditreform Datenbank

Rückläufigen Gründungszahlen im Baugewerbe (minus 4,6 Prozent), im Verkehrs- und Transportsektor (minus 3,0 Prozent), im Kfz-Handel (minus 0,9 Prozent) und bei unternehmensnahen Dienstleistungen (minus 2,8 Prozent) stehen teilweise deutliche Zuwächse in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung (plus 48,8 Prozent), Kredit- und Versicherungsgewerbe (plus 46,7 Prozent) sowie personenbezogene Dienstleistungen (plus 23,4 Prozent) gegenüber.

***Weniger Gründungen im Bau
und im Logistikgewerbe***

Insgesamt stieg die Zahl der neu im Handelsregister erfassten Unternehmen um 6.500 oder 6,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Westen Deutschlands fiel der Zuwachs mit 7,2 Prozent doppelt so stark aus wie im Osten (3,8 Prozent).

Tab. 22: Die stärksten Veränderungen bei Neueintragungen 2010

■	Deutschland	
	absolut	%-Änderung
Energie u. Wasserversorgung	+ 1.240	+ 48,8
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	+ 2.300	+ 46,7
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	+ 2.930	+ 23,4
Gesamt	+ 6.500	+ 6,6
Baugewerbe	- 340	- 4,6
Verkehr u. Logistik	- 100	- 3,0
unternehmensnahe Dienstleistungen	- 710	- 2,8
Kfz-Handel	- 20	- 0,9

Quelle: Creditreform Datenbank

2.3 Beschäftigungsbeitrag von wirtschaftsaktiven Gründungen

Junge Unternehmen und Neugründungen haben im Jahr 2009 rund 550.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das zeigt eine gemeinsame Untersuchung von Creditreform, der KfW und dem ZEW. Damit leisten junge Unternehmen nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Dynamik einer Volkswirtschaft, sondern auch einen signifikanten Beschäftigungsbeitrag.

In Abgrenzung zur bloßen Gewerbeanzeigenstatistik bietet die Zahl der in einem Jahr neu entstandenen wirtschaftsaktiven Unternehmen einen besseren und genaueren Blick auf das Gründungsgeschehen in Deutschland. Typischerweise liefern wirtschaftsaktive Gründungen einen größeren Beitrag zur Entwicklung einer Volkswirtschaft.

Junge Firmen beleben die Wirtschaft

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Kapitalgeber oder Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze ge-

schaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein.

Im Jahr 2010 dürften rund 196.100 der neu entstandenen Unternehmen eine größere volkswirtschaftliche Bedeutung haben. Das entspricht einem Anstieg um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (191.200 Unternehmen) und zeigt, dass der Wirtschaftsaufschwung zu einer Intensivierung der Gründungsaktivitäten gesorgt hat. Die überwiegende Mehrzahl der wirtschaftsaktiven Gründungen ist im Dienstleistungssektor tätig (133.900 Firmen; plus 8.900 gegenüber 2009), gefolgt vom Handel (34.500 Firmen; keine Veränderung gegenüber 2009), dem Verarbeitenden Gewerbe (14.700 Firmen; minus 100 gegenüber 2009) und dem Baugewerbe (13.000 Firmen; minus 3.900 gegenüber 2009). Somit haben Bau- und Verarbeitendes Gewerbe hinsichtlich ihrer Bedeutung am Gründungsgeschehen die Plätze getauscht.

**Größere wirtschaftliche
Aktivität bei fast 200.000
Firmen**

**Tab. 23: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland
im Jahr 2010**

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	14.700 (14.800)
Baugewerbe	13.000 (16.900)
Handel	34.500 (34.500)
Dienstleistungen	133.900 (125.000)
Gesamt	196.100 (191.200)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Die durch wirtschaftsaktive Gründungen entstandenen Beschäftigungsverhältnisse lassen sich annähernd quantifizieren, indem man die Anzahl neuer Unternehmen mit der Zahl der durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze multipliziert. Danach sind im Jahr 2010 durch Unternehmen mit ökonomischer Bedeutung 466.500 Arbeitsplätze entstanden. Das sind gut 31.000 oder 7,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (435.250 Arbeitsplätze).

**Mehr Gründungen,
mehr Jobs**

Tab. 24: Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Gründungen 2010 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten **) bei produktiven Gründungen 2010
Verarb. Gewerbe	73.500 (74.000)	5
Baugewerbe	39.000 (42.250)	3
Handel	86.200 (69.000)	2,5
Dienstleistungen	267.800 (250.000)	2
Gesamt	466.500 (435.250)	

Quelle: Creditreform Datenbank; () = Vorjahr; Angaben teilweise gerundet
*) von Creditreform geschätzt; **) inkl. Gründerpersonen

Die Zahl der pro Gründung geschaffenen Arbeitsverhältnisse variiert in den einzelnen Wirtschaftsbereichen: So entstehen in der Industrie pro Gründung im Durchschnitt etwa fünf Stellen (inkl. den Gründerpersonen), im Dienstleistungssektor sind es lediglich zwei – Gründungen mit angestellten Mitarbeitern sind hier entsprechend seltener. Allerdings ist der Dienstleistungssektor aufgrund seiner großen Bedeutung am Gründungsgeschehen für das Gros des Beschäftigungseffektes verantwortlich. Demnach sind allein bei Dienstleistern 267.800 Arbeitsplätze entstanden (57,4 Prozent aller neuen Stellen).

2.4 Neueintragungen nach Bundesländern

Die absolut höchste Zahl an Handelsregisterneueintragungen weisen die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen (24.000), Bayern (18.720) und Baden-Württemberg (10.820) auf. Gut die Hälfte des Gründungsgeschehens in Deutschland (50,8 Prozent) spielt sich so in diesen drei Bundesländern ab. Bei der Betrachtung der Zahl der Neueintragungen bezogen auf den Unternehmensbestand zeigt sich aber ein anderer Spitzenreiter in Sachen Gründungsaktivität: In Berlin gibt es mit 1.310 Neueintragungen pro 10.000 Unternehmen das vitalste Gründungsgeschehen, gefolgt von Brandenburg (950) – das von der Nähe zu Bundeshauptstadt profitiert – und Hamburg (940). Generell weisen Ballungsräume eine höhere Gründerdichte auf als eher ländliche Regionen. So sind gute Bedingun-

NRW mit den meisten Gründern – Gründungshochburgen bleiben aber Großstädte

gen für die Gründung eines Unternehmens aufgrund des besseren Marktumfeldes in Großstädten, eines größeren Reservoirs an potenziellen Gründern (Universitäten und Hochschulen) sowie der demografischen Entwicklung eher gegeben.

Tab. 25: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2010

■	Neueintragungen			Löschungen	Saldo
	absolut	Vorjahr	je 10.000 HR-Untern.		
Baden-Württemberg	10.820	10.150	690	8.670	+ 2.150
Bayern	18.720	17.160	860	11.410	+ 7.310
Berlin	7.570	7.090	1.310	3.740	+ 3.830
Brandenburg	2.550	2.630	950	1.900	+ 650
Bremen	860	610	630	780	+ 80
Hamburg	5.360	5.090	940	2.980	+ 2.380
Hessen	8.790	8.030	810	7.450	+ 1.340
Mecklenburg-Vorp.	1.510	1.280	810	1.300	+ 210
Niedersachsen	9.090	8.300	770	6.300	+ 2.790
Nordrhein-Westfalen	24.000	23.200	830	17.140	+ 6.860
Rheinland-Pfalz	3.900	3.870	740	3.060	+ 840
Saarland	990	940	710	1.010	- 20
Sachsen	3.810	3.670	860	4.450	- 640
Sachsen-Anhalt	1.840	1.810	750	1.170	+ 670
Schleswig-Holstein	3.950	3.350	790	2.770	+ 1.180
Thüringen	1.670	1.750	700	2.390	- 720
Gesamt	105.430	98.930	830	76.530	+ 28.900

Quelle: Creditreform Datenbank

Eine Zunahme der Handelsregistereintragungen gegenüber dem Vorjahr gibt es in fast allen Bundesländern. Nur Brandenburg und Thüringen weisen eine leicht rückläufige Tendenz auf.

Im Jahr 2010 wurden deutschlandweit 76.530 Löschungen aus dem Handelsregister vorgenommen. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr (75.900 Löschungen) nicht wesentlich erhöht. Gelöscht werden Unternehmen, die nach einer Insolvenz liquidiert werden, aber auch Firmen, die ihren Geschäftsbetrieb freiwillig einstellen oder mit einer anderen Gesellschaft verschmolzen sind.

Gelöscht wird auch – aber wenig mehr als 2009

Unternehmensbestand wächst weiter

Die Differenz aus Neueintragungen und Löschungen bildet den Gründungssaldo, also die Zahl, um die der Unternehmensbestand im Handelsregister gewachsen ist. Demnach ist deutschlandweit die Zahl der handelsregisterlich eingetragenen Unternehmen allein in diesem Jahr um 28.900 gestiegen. Zum Zuwachs in Deutschland haben Bayern (plus 7.310 Firmen), NRW (plus 6.860 Firmen) und Berlin (plus 3.830 Firmen) am stärksten beigetragen. Kaum gewachsen ist der Unternehmensbestand hingegen in Bremen (plus 80 Firmen). Geschrumpft ist die Zahl der im Handelsregister registrierten Unternehmen in Thüringen (minus 720), in Sachsen (minus 640) und im Saarland (minus 20). Allerdings stellen diese Resultate eine stichtagsbezogene Momentaufnahme dar. Unterschiedliche Erhebungszeitpunkte sowie die Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschungen, könnten die Statistik verzerren.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen wird anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen, selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei lediglich die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgegeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur Team-Gründer-Mehrfachzählung.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbstständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw., wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform,

Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind Freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte der Saldo aus An- und Abmeldung in den beteiligten Meldebezirken Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -löschungen werden aus der Creditreform Wirtschaftsdatenbank gewonnen. Erfasst wird hierbei ein rechtlich selbstständiges Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebsteile umfassen kann. Dabei kann es zunächst zu Mehrfacherfassungen oder verzögerten Erfassungen kommen. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), Offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden Freie Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

2.5 Zwischenfazit: Zwei Jahre Unternehmergesellschaft

Seit dem 1. November 2008 gibt es für Existenzgründer in Deutschland die Möglichkeit, in einem vereinfachten Gründungsverfahren mit nur 1 Euro Stammkapital eine haftungsbeschränkte Gesellschaft – die sogenannte Unternehmergesellschaft (UG) – zu gründen. Die UG hat mittlerweile einen markanten Anteil am Gründungsgeschehen erreicht und sich als Alternative zur Limited und den Rechtsformen Einzelkaufmann und Gewerbebetrieb etabliert.

***Unternehmergesellschaft
bringt Schwung ins
Gründungsgeschehen***

Tab. 26: Zahl der UG-Gründungen

■	Anzahl
o. A.	485
vor 2008	1.032
2008	3.616
2009	22.748
2010 *)	19.800

*) Creditreform Hochrechnung; Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Für eine abschließende Bewertung ist es sicherlich noch zu früh, allerdings lässt sich bereits ein erstes Zwischenfazit ziehen: Das Gründungsgeschehen in Gänze wurde durch die UG sicherlich positiv beeinflusst. Die Nettowirkungen sind aber nicht ganz eindeutig, geht doch ein Teil des Booms, gerade im ersten Jahr, auf Umgründungen bereits bestehender Unternehmen zurück. Zudem hat die UG zweifellos Unternehmensgründungen in anderen Rechtsformen verdrängt. Firmeninhaber nutzten die Chance, durch einen Rechtsformwechsel eine Haftungsbeschränkung außerhalb der bislang verfügbaren GmbH zu erreichen. Als Indiz für diese Entwicklungen dient der Trend bei den Neueintragungen: Danach scheint der Gründungsboom der Unternehmergesellschaft vorerst abgeebbt.

Boom schon wieder vorbei?

Tab. 27: Bestand UG nach Wirtschaftsbereich

■	Verarbeiten- des Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Dienstleis- tungen
UG	5,8	8,2	18,5	67,5
GmbH	10,9	10,2	18,6	60,4
HR gesamt	11,2	9,3	21,9	57,6

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank; Anteil in Prozent

Die meisten der bisher als Unternehmergesellschaft firmierenden Unternehmen (67,5 Prozent) sind im Dienstleistungsgewerbe tätig, gefolgt vom Handel (18,5 Prozent), dem Baugewerbe (8,2 Prozent) und dem Verarbeitenden Gewerbe mit 5,8 Prozent. Damit hat die UG gerade für den tertiären Sektor, der typischerweise eine geringe Gründungsgröße und niedrige Start-Investitionen erfordert, eine große Bedeutung

**Spielwiese Dienstleistungs-
sektor**

erlangt. Zum Vergleich: Über alle im Handelsregister eingetragenen Firmen weist der Dienstleistungsbereich nur einen Anteil von 57,6 Prozent auf. Beim „großen Bruder“ GmbH sind es 60,4 Prozent (vgl. Tab. 28).

Ein Teil des Erfolgs der UG, betrachtet man die Zahl der eingetragenen Firmen, ist sicherlich auf das geringe Startkapital, der oft als 1-Euro-GmbH bezeichneten Rechtsform zurückzuführen. In der Realität gründen aber nur wenige Jung-Unternehmer tatsächlich mit dem Mindesteinsatz von nur 1 Euro (10,4 Prozent). Das durchschnittliche Stammkapital beträgt 1.250 Euro, wobei allerdings 52,3 Prozent der Gesellschaften mit höchstens 500 Euro Kapitaleinsatz ausgestattet sind. Ein weiteres Viertel (25,3 Prozent) der eingetragenen UG verfügt über ein Haftungskapital von bis zu 1.000 Euro. Lediglich 22,4 Prozent der Gesellschaften besitzen eine höhere Kapitalausstattung.

Geringes Stammkapital und hohe Insolvenzanfälligkeit

Die ersten Erfahrungen mit der neuen Unternehmensrechtsform zeigen aber, dass die Unternehmen aufgrund ihres geringen Startkapitals deutlich insolvenzanfälliger sind als die GmbH. Während 2,15 Prozent der seit November 2008 eingetragenen Unternehmergesellschaften ein Negativmerkmal wie ein unternehmerisches Insolvenzverfahren oder eine eidesstattliche Versicherung eines Gesellschafters aufweisen, sind bei in diesem Zeitraum gegründeten GmbH nur 0,46 Prozent. Das heißt, von 10.000 Unternehmen der Rechtsform UG sind bereits 215 ausgefallen (GmbH: 46). Besonders schlimm erwischt es Unternehmergesellschaften aus der Baubranche. Die Insolvenzquote liegt hier bei 4,59 Prozent.

■ 3 Zusammenfassung

Durch den Konjunkturaufschwung sinken die Insolvenzrisiken. 2010 verringerte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 2,5 Prozent auf 32.100 Fälle (2009: 32.930 Fälle). Beruhigend auf das Insolvenzgeschehen wirken neben dem kräftig anziehenden Exportmotor auch das Anspringen der Binnennachfrage sowie die Entspannung auf den Finanzmärkten, die Erleichterungen beim Kreditzugang zur Folge hat.

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen 2010 deutlich an. Mit 111.800 neuen Fällen wurde nicht nur der Vorjahreswert (100.790 Fälle) um 10,9 Prozent übertroffen, auch stellt die aktuelle Zahl einen neuen Negativrekord dar. Seit der Änderung des Insolvenzrechts vor gut zehn Jahren, die auch Privatpersonen die Möglichkeit eröffnete, sich zu entschulden, haben mehr als 700.000 Deutsche die Restschuldbefreiung beantragt.

Die sonstigen Insolvenzen, wie Insolvenzen ehemals Selbstständiger, belaufen sich auf 28.000 Fälle (2009: 29.150 Fälle), so dass die deutschen Amtsgerichte insgesamt 171.900 Insolvenzen bearbeiten mussten (2009: 162.870).

Die Gesamtschäden aus unternehmerischen Insolvenzen für Gläubiger und die Gesellschaft erreichen auch 2010 wieder einen zweistelligen Milliardenbetrag. Mit 35,4 Milliarden Euro bleibt die diesjährige Schadenssumme aber deutlich (um 55,1 Prozent) unter dem Schadensvolumen des vergangenen Jahres zurück (2009: 78,9 Milliarden Euro). Verantwortlich dafür waren deutlich weniger Großschäden sowie die rückläufige Zahl der Insolvenzverfahren. So verringerte sich die durchschnittliche Schadenssumme pro Insolvenz auf 785.000 Euro (2009: 1,94 Millionen Euro). Im gesunkenen Schadensbetrag spiegelt sich ein eher mittelständisch geprägtes Insolvenzgeschehen wider. Private Gläubiger werden voraussichtlich 25,2 Milliarden Euro (2009: 63,8 Milliarden Euro) abschreiben müssen, die öffentliche Hand 10,2 Milliarden Euro (2009: 15,1 Milliarden Euro).

Die Zahl der von einer Insolvenz des Arbeitgebers betroffenen Beschäftigten fällt 2010 deutlich geringer aus als im vergangenen Jahr. 240.000 Jobs dürften in den insolventen Unternehmen wegfallen oder in Gefahr sein. Im Vorjahr waren noch 521.000 Arbeitnehmer betroffen. Damals hatten die Zusammenbrüche von großen namhaften Firmen die Zahl in die Höhe getrieben.

Drei der vier Hauptwirtschaftsbereiche verzeichnen ein rückläufiges Insolvenzgeschehen. Nur im Dienstleistungssektor stieg die Zahl der Insolvenzen noch einmal leicht um 3,6 Prozent auf 17.670 Fälle an. Dagegen ist im Verarbeitenden Gewerbe ein merklicher Rückgang um 15,8 Prozent auf 2.830 Fälle registriert worden. Zurückgegangen ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auch im Handel (minus 7,7 Prozent auf 6.630 Fälle) sowie im Bausektor (minus 6,8 Prozent auf 4.970 Fälle). Überdurchschnittlich stark sind hierbei die Rückgänge im Osten der Bundesrepublik.

Die stärksten Rückgänge im Jahresverlauf gab es im Wirtschaftszweig Metallerzeugung und -bearbeitung (minus 58,1 Prozent), im Automobilbau (minus 41,7 Prozent) sowie in der Gummi- und Kunststoffbranche (minus 25,9 Prozent). Zuwächse waren bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (plus 16,8 Prozent), bei Dienstleistungen für Sport, Unterhaltung und Erholung (plus 16,6 Prozent) sowie im Garten- und Landschaftsbau (plus 15,6 Prozent) zu verzeichnen.

Das Insolvenzgeschehen ist in diesem Jahr weitaus kleinteiliger als 2009. In der Mehrzahl (79,0 Prozent) sind es Kleinstbetriebe mit höchstens fünf Beschäftigten, die Insolvenz anmelden mussten (2009: 77,2 Prozent). Großunternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern machen lediglich 0,6 Prozent (2009: 1,1 Prozent) aller registrierten Insolvenzfälle aus. Die Größenverteilung unterscheidet sich aber in den einzelnen Wirtschaftsbereichen: So sind im Verarbeitenden Gewerbe lediglich 53,9 Prozent der erfassten Insolvenzen Kleinstunternehmen zuzuschreiben, im Handel sind es dagegen 81,2 und im Dienstleistungssektor sogar 82,9 Prozent. Demgegenüber sind im Industriebereich auch mittlere und größere Firmen vertreten.

Der diesjährige Trend, wonach das Insolvenzgeschehen von kleineren Firmen und Kleinstbetrieben dominiert wird, zeigt sich in den Umsatzgrößenklassen bestätigt. Danach erzielten lediglich 160 der 32.100 insolventen Firmen (2009: 200 Unternehmen) einen Jahresumsatz zwischen 25 und 50 Millionen Euro, weitere 100 Unternehmen (2009: 200 Unternehmen) kamen

zuletzt auf einen Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro. Unter den zehn bedeutendsten Großinsolvenzen des Jahres waren fünf Automobilzulieferer. Die größte registrierte Pleite betraf den Kfz-Zulieferer Honsel AG aus Meschede mit rund 3.000 Mitarbeitern.

Neben dem starken Anstieg bei den Verbraucherinsolvenzen zeigen sich dort weitere Entwicklungstrends: So nahm zuletzt der Anteil der Männer wieder leicht auf 55,3 Prozent zu (2009: 55,0 Prozent). Daneben lässt sich eine zunehmende Betroffenheit von jungen Erwachsenen feststellen. Jede siebte Privatinsolvenz (14,6 Prozent) entfällt mittlerweile auf eine Person, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Das sind 0,2 Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr. Zugenommen haben auch die Anteile der Altersgruppe der 50 bis 59 Jährigen (plus 0,2 Prozentpunkte) und der 60 bis 69 Jährigen (plus 0,3 Prozentpunkte).

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist 2010 auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen. Deutschlandweit wurden 895.000 Anmeldungen in den Registern vorgenommen. Das sind 3,5 Prozent mehr als im vergangenen Jahr (2009: 864.500). Gestiegen ist auch die Zahl der Handelsregisterneueintragungen um 6,6 Prozent auf 105.430 Gründungen. Die forcierten Gründungsaktivitäten sind Ausdruck günstigerer Gründungsbedingungen, wie einem verbesserten konjunkturellen Umfeld und einer weniger restriktiven Unternehmens- und Gründungsfinanzierung.

Die überwiegende Mehrzahl der 2010 neu entstandenen Unternehmen hat den Tätigkeitsschwerpunkt im Dienstleistungssektor. Allein 23,7 Prozent sind unternehmensnahe Dienstleister und 14,7 Prozent sonstige konsumnahe Dienstleister. Das Verarbeitende Gewerbe wie das Baugewerbe machen jeweils 6,6 Prozent des Gründungsgeschehens aus und der Handel insgesamt 17,6 Prozent. Trotz des Anstiegs der Gesamtzahl der Unternehmensgründungen gibt es in einzelnen Bereichen Rückgänge – so im Bausektor (minus 4,6 Prozent) und im Verkehrs- und Logistiksektor (minus 3,0 Prozent).

Von wirtschaftsaktiven Gründungen sind im laufenden Jahr 466.500 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Das sind gut 31.000 Stellen mehr als im Vorjahr (2009: 435.250 Arbeitsplätze). Der Dienstleistungssektor erwies sich mit allein 267.800 neuen Beschäftigungsverhältnissen als der Jobmotor.

Die meisten Handelsregisterneueintragungen bezogen auf den Unternehmensbestand gab es 2010 in Berlin (1.310), gefolgt von Brandenburg (950) und Hamburg (940). In absoluten Zahlen führend sind die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen mit 24.000 Neueintragungen, Bayern mit 18.720 und Baden-Württemberg mit 10.820 Unternehmensgründungen in diesem Jahr.

Den Gewerbeanmeldungen stehen 705.000 Gewerbeabmeldungen gegenüber (minus 3,2 Prozent gegenüber 2009). Dieser Trend passt ins Bild einer kräftigen Konjunkturerholung mit weniger Insolvenzen und Geschäftsaufgaben. Damit ist der Unternehmensbestand in Deutschland auch in diesem Jahr weiter gewachsen.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Redaktion: Dr. Hardy Gude, Telefon:(02131) 109-172
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss
E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2010, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzgebühren sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 29. November 2010

